

## Delegierte sagen klar Ja zur Unternehmenssteuerreform

Kanton Luzern: DV der FDP. Die Liberalen Luzern in Littau

An ihrer Versammlung vom 16. Januar sprachen sich die Delegierten der FDP. Die Liberalen deutlich für die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF), für die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration aus und unterstützen die Unternehmenssteuerreform III (USR3) klar.

Als erste Vorlage hatten die Delegierten am Montagabend über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) zu befinden. FDP-Kantonsrat Guido Bucher aus Flüeli stellte die Vorlage den Delegierten vor. In seinem Referat betonte er, dass die Schweiz eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur brauche, die unser vielfältiges Land verbinde. Eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur sei Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft und Gesellschaft. Die Schiene verfüge bereits über einen unbefristeten Fonds zur Finanzierung der Infrastruktur. Nun würden mit dem NAF auch die notwendigen Investitionen in den Ausbau und Erhalt der Strasseninfrastruktur sichergestellt. Resultat sei ein tragfähiges Schweizer Verkehrsnetz, in welchem sich Schiene und Strasse sinnvoll ergänzen würden. Die Delegierten fassten mit einer klaren Mehrheit die Ja-Parole.

### Ja zur erleichterten Einbürgerung

Im Anschluss präsentierte FDP-Kantonsrat Charly Freitag, Gunzwil, die Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration. Freitag wies in seinem Referat unter anderem auf die klaren Kriterien hin, welche für die erleichterte Einbürgerung bestünden. So sei eine erleichterte Einbürgerung nur für Personen unter 25 Jahren möglich, die in der Schweiz geboren wurden und in der dritten Generation in der Schweiz lebten. Zudem müssten sie einer Landessprache mächtig und integriert sein. Daneben müssten sie über einen einwandfreien Leumund sowie gesunde Finanzen verfügen. Die Delegierten folgten den Ausführungen von Charly Freitag und fassten grossmehrheitlich die Ja-Parole.

### Ja zur Unternehmenssteuerreform

Die Vorlage zur Unternehmenssteuerreform III wurde kontradiktorisch

durch FDP-Nationalrat Albert Vitali (Pro) und SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo (Kontra) vorgestellt. Albert Vitali aus Oberkirch sagte in seinem Referat, dass die Steuerreform die Grundlage bilde, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Ein Ja sichere alleine bei den international tätigen Unternehmen über 150 000 Arbeitsplätze. Diese Unternehmen seien zugleich aber auch wichtige Auftraggeber von Zulieferern aus dem Gewerbe. Gerade die Schweiz, die vom erfolgreichen Zusammenspiel von KMU und Grossunternehmen geprägt werde, sei auf einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort angewiesen. Kontra-Rednerin Prisca Birrer-Heimo wies in ihrem Referat vor allem auf befürchtete Steuerausfälle hin und eine steuerliche Mehrbelastung des Mittelstandes. Am Schluss fassten die Delegierten eine deutliche Ja-Parole.

### Freitag und Gerber verabschiedet

Am Ende der Versammlung wurden die beiden zurückgetretenen Wahlkreispräsidenten Charly Freitag, Wahlkreis Sursee, und Ruedi Gerber, Wahlkreis Entlebuch, verabschiedet und verdankt. [pd/EA]



FDP-Nationalrat Albert Vitali bei seinem Referat zur USR III. [Bild zVg]

## «Bald bürgern Ausländer Ausländer ein»

Kanton Luzern: Delegiertenversammlung der SVP in Schenkon

Die Delegierten sagten Ja zum Nationalstrassen-Fonds und zur Unternehmenssteuerreform, sprachen sich aber gegen die erleichterte Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation aus. Parteipräsident Franz Grüter rechtfertigte das Referendum gegen die Steuererhöhung.

Kantonalpräsident Franz Grüter begrüßte trotz Sturm und sibirischer Kälte am Dienstagabend 123 Delegierte der SVP Kanton Luzern in Schenkon zu Delegiertenversammlung. Grüters Begrüssungsansprache war ganz dem Referendum gegen die Steuererhöhung gewidmet. Nicht nur draussen gehe eine frostige Bise. Die Regierung von Luzern suche einen Schuldigen und mache die SVP dafür verantwortlich, dass die Prämienverbilligung nicht ausbezahlt werden könne. Man müsse aber bedenken, dass es die FDP und die CVP in den eigenen Händen gehabt hätten. Bei einer Zustimmung zum obligatorischen Referendum wäre die Steuerfrage bereits am 12. Februar vom Volk beantwortet worden, so Grüter. Aber die beiden Parteien hätten die SVP lieber bei Eis und Kälte Unterschriften sammeln lassen. Grüter: «Die SVP tut das – das ist ihr demokratisches Recht!» Einige Unterschriften müssten noch gesammelt werden. «Wir stehen gut da, aber zurück in die warme Stube dürfen wir noch nicht», so Grüter zu den Delegierten.

### «Umgestalten statt mitgestalten»

Die Parolen wurden schnell beschlossen. SP-Kantonsrätin Ylfete Fanaj hatte

beim Thema «erleichterte Einbürgerung der dritten Generation» einen schweren Stand. Sie hoffe einfach, dass es sich nach ihren Argumentationen der eine oder andere nochmals überlege. Einen schweren Stand hatte Fanaj nicht nur, weil sich die Delegierten mehrheitlich bereits die Meinung gebildet hatten, sondern weil ihr Gegenüber Nationalrat Andreas Glarner hiess. «Die dritte Generation und die Linken wollen in der Schweiz nicht mitgestalten, sie wollen die Schweiz umgestalten», sagte Glarner. Die Einbürgerung mache man ihnen jetzt schon leicht. Im Kanton Aargau werde jedes Einbürgerungsgesuch durchgewinkt. Demokratie müsse geübt sein, sagte Glarner weiter. Die Gemeinden wollen wissen, mit wem sie zusammenleben. Also soll der Bürger der Gemeinde auch das letzte Wort haben. Glarner: «Wenn wir so weiter machen, werden bald Ausländer andere Ausländer einbürgern. Dann haben wir den Salat.» Die Delegierten folgten Nationalrat Andi Glarner mit 121 Ja-Stimmen gegen zwei Enthaltungen.



Nationalrat Andreas Glarner hat zur erleichterten Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation eine klare Meinung: «Wenn wir so weiter machen, werden bald Ausländer andere Ausländer einbürgern. Dann haben wir den Salat.» [Bild zVg]

### «Besser als ein Strassen-Infarkt»

Etwas schwieriger hatte es Nationalrat Felix Müri bei der Abstimmung für den Nationalstrassen-Fonds (NAF) Dass es nicht der gleich grosse Topf wie bei der Milchkuh-Initiative werde, sei klar. «Diese Abstimmung haben wir leider verloren», meinte Müri. «Aber lieber diesen NAF als einen Strassen-Infarkt. Wenn ein Handwerker zum Kunden fährt, so ist er 90 Minuten im Stau und 30 Minuten an der Arbeit. Das ist der Untergang für jeden KMU-Betrieb.» Nach verschiedenen Voten aus dem Publikum konnte Felix Müri die Delegierten mit 105 Ja- zu zwölf Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen überzeugen.

Als Präsident der Finanzsubkommission I stellte Franz Grüter das Geschäft Unternehmenssteuerreform III gleich selber vor. Die Armut stehe am Anfang der Eidgenossenschaft. Der Wohlstand komme aus guten Rahmenbedingungen, durch ein liberales Arbeitsgesetz, der wirtschaftliche Erfolg aber nicht zuletzt auch dank attraktiven Steuern. Zu diesen müsse man Sorge tragen. «Schlussendlich nützt es niemandem in der Schweiz, wenn die grössten Steuerzahler das Land verlassen», meinte Grüter. Gerade für den Kanton Luzern bringe die Unternehmenssteuerreform III nur Vorteile. Die Delegierten folgten Nationalrat Grüter einstimmig. [pd]

## CVP-Delegierte sagten zweimal deutlich Ja

Kanton Luzern: DV der CVP Kanton Luzern in Buchrain

Rund 250 Delegierte und Gäste der CVP Kanton Luzern unterstützten die Unternehmenssteuerreform III deutlich, ebenso den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr. Parteipräsident Pirmin Jung fordert alle politischen Kräfte im Kanton Luzern auf, aus Verantwortung für den Kanton einer Steuererhöhung zuzustimmen.

Parteipräsident Pirmin Jung begrüßte am Dienstagabend die Delegierten und Gäste im vollen Saal des Schulhauses Hinterleisbach in Buchrain. Er verurteilte in seinem Begrüssungswort das unnötige und destruktive Budgetreferendum 2017, dessen einziges Ziel es sei, Probleme zu bewirtschaften. Aus Verantwortung gegenüber dem Kanton gelte es, in der Finanzpolitik einen Schritt nach vorne zu machen. Im Zentrum der DV standen die Parolen zu den eidgenössischen Vorlagen vom 12. Februar.

### Klare Fraktionsstrategie

Fraktionschef Ludwig Peyer erläuterte zu Beginn der DV die Fraktionsstrategie anlässlich der Budgetberatung 2017. Nach kontroversen Diskussionen habe die Kantonsratsfraktion schliesslich aus Verantwortung gegenüber dem Kanton das Budget und die damit verbundene Steuererhöhung einstimmig unterstützt. Aufgrund der gesetzlichen Grundlagen und der kürzlich erfolgten Volksabstimmung in ähnlicher Sache mit klarem Ausgang habe die Fraktion schliesslich auch deutlich das fakultative Budgetreferendum unterstützt. Es gelte nun, in einer breiten Allianz diese Mehrheitsbeschlüsse des Kantonsparlaments im Hinblick auf die kommende Volksabstimmung vom Mai gegenüber der Luzerner Bevölkerung zu vertreten. Im Weiteren äusserte Ludwig Peyer, dass die Fraktion eine pragmatische Lösung im Hinblick auf die Auszahlung bei der individuellen Prämienverbilligung unterstütze. Um in Zukunft für solche Situationen gewappnet zu sein, müsse der Budgetprozess aber deutlich vorgezogen werden.

### Deutliches Ja zum NAF

Der Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) ermöglicht eine nachhaltige, solide Verkehrsinfrastrukturfinanzierung in der Schweiz. Insgesamt würden jährlich rund drei Milliarden Franken zur Verfügung stehen, so Andrea Gmür-Schönenberger, Nationalrätin, Luzern. Sie wies darauf hin, dass mit diesem Fonds mittelfristig auch die Verkehrsprobleme rund um Luzern entschärft werden könnten. Es gelte aber auch, den Unterhalt und den Betrieb der bestehenden Strassen zu sichern. Nebst den grossen Agglomerationen würden auch die Land- und Bergregio-

nen gestärkt, so Gmür. Die Delegierten unterstützten mit 207 Ja- zu acht Nein-Stimmen (drei Enthaltungen) schliesslich den Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr deutlich.

### Ja zur Unternehmenssteuerreform

Nationalrat Leo Müller, CVP, Ruswil, zeigte auf, dass das internationale Recht die Schweiz zu diesen Steuergesetzesmassnahmen gezwungen habe. Ohne Anpassung würden Milliarden von Steuereinnahmen auf dem Spiel stehen. Im Weiteren seien Zehntausende Arbeitsplätze bedroht. Die Entwicklung der Bundessteuern bestätige, dass der Bund von diesen Unternehmen stark profitiert habe. Mit der Unternehmenssteuerreform III könne die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten werden. Hierzu müsse das Unternehmenssteuersystem angepasst werden. Dies basiere aber auch auf einer Gegenfinanzierung. Mit der Erhöhung des Kantonsanteils bei der direkten Bundessteuer profitiere der Kanton Luzern direkt von dieser Steuerreform. Ein Ja zu dieser Vorlage, so Nationalrat Müller, sei für den Arbeitsstandort und Wirtschaftsstandort Schweiz zwingend notwendig.

Die Unternehmenssteuerreform III sei eine untaugliche Lösung, so Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo, SP, Rothenburg, zu Beginn ihrer Ausführungen. Es sei unbestritten, dass die Privilegien abgeschafft gehörten, aber die Art und Weise der Umsetzung sei untauglich. Es würden neue Steuerprivilegien und -schlupflöcher geschaffen. Steuern seien längst nicht der wichtigste Standortfaktor der Unternehmen. Die Unternehmenssteuern seien im Vergleich mit anderen Ländern schon heute in der Schweiz tief. Niemand wisse genau, wie hoch die durch die USR III verursachten Ausfälle sein werden. Gemäss Birrer-Heimo seien es aber sicher 2,7 Milliarden pro Jahr. Es gelte, diese Vorlage abzulehnen, da bei einer Zustimmung der Steuersenkungswettbewerb weiter angeheizt werde. Die Delegierten unterstützten die Unternehmenssteuerreform III schliesslich mit 136 Ja- zu 65 Nein-Stimmen (18 Enthaltungen) und bestätigten damit das je einstimmige Resultat der CVP-Nationalräte und -Ständeräte im eidgenössischen Parlament.

Zur erleichterten Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation hatte der Parteivorstand bereits vorgängig die Ja-Parole gefasst.

### Wechsel in Ortsparteipräsidien

Parteipräsident Pirmin Jung verkündete danach einige Wechsel in Ortspartei- und Wahlkreispräsidien. Er dankte den Abtretenden für die langjährige Führungsarbeit und gratulierte den Neugewählten. Zu einem Wechsel kam es unter anderem in Entlebuch, wo Annegreth Bienz-Geiseler zurücktrat und von Franz Bieri abgelöst wurde, sowie in Malters, wo Daniel Piazza auf Lisbeth Furrer-Bircher folgte. Jung freute sich über das grosse Engagement in den Ortsparteien. Entscheidend für die Nachwuchsplanung in den Leitungsfunktionen sei neben der guten Personalplanung auch der hervorragende Teamgeist vor Ort, so Jung. [pd]

### kurz gemeldet

#### SP Kanton Luzern sagt zweimal Nein und einmal Ja

Die Delegierten der SP Kanton Luzern fassten am 18. Januar an ihrer Versammlung die Parolen für die nationalen Abstimmungen vom 12. Februar. Wie es weiter in der Medienmitteilung heisst, lehnt die SP die Unternehmenssteuerreform einstimmig ab und folgt damit der Empfehlung von Prisca Birrer-Heimo. Die Nationalrätin und Wirtschaftspolitikerin nannte die Unternehmenssteuerreform eine Blackbox – zumal sich der Bundesrat laut Aussage von Birrer-Heimo schon bei der früheren Reform der Unternehmenssteuer verschätzt ha-

be. «Wie teuer die Unternehmenssteuerreform III wird, wissen wir nicht.» Die SP ist auch gegen die Schaffung eines Nationalstrassenfonds. Es würden laut SP-Vizepräsident Daniel Gähwiler die finanziellen und verkehrspolitischen Nachteile überwiegen. Es sei ein Strassenbauprogramm, das die Allgemeinheit laut Gähwiler pro Jahr 600 bis 700 Millionen Franken kostet. Hingegen sprachen sich die SP-Delegierten für die Annahme der erleichterten Einbürgerung aus. «Es braucht ein unbürokratisches und effizientes Verfahren, weil es um Menschen geht, die faktisch schon längst Schweizer sind», stellte Ylfete Fanaj, SP-Fraktionschefin im Kantonsrat, klar. [pd]